

Eiderstedt ist in Gefahr

Was wir wissen:

- Schleswig-Holstein braucht nur 5.000 und nicht 15.000 WKA! (Anm. s. S. 2)*
- In 9 Eiderstedter Gemeinden werden dennoch WKA geplant
- Zusätzlich erzeugter Strom geht in den Export
- Hohe Profite für die Betreiber – die Kosten bezahlen wir anderen
- Neue Hochspannungsleitung (100 Mio. €, 8 Jahre Bauzeit) wäre in Eiderstedt erforderlich. Daran können bis 280 WKA angeschlossen werden
- 240 m hohe WKA (oder höher, Höhenbegrenzung nicht mehr zulässig)**
- Nur 400 m Abstand zu Streusiedlungen (3H/5H-Regel abgeschafft)**
- Schlagschatten ca. 1.000 m

*Nach einem Gespräch mit dem Innenministerium

**Eckpunkte der Landesregierung, Dez. 2023

Was uns Einwohner*innen bedroht:

- Industrialisierung der Eiderstedter Kulturlandschaft mit ihren über 400 Kulturdenkmälern
- Zerstörung der Natur und Artenvielfalt
- Todesfälle für den ostatlantischen Vogelzug
- Einbruch des Tourismus und der Immobilienpreise
- Die Gesamtkosten übersteigen die Zuwendungen an die Gemeinde
- Jahrelange Bautätigkeit mit Versiegelung riesiger Flächen von Acker- und Grünland
- Verlust von Arbeitsplätzen und sozialem Frieden

Für die Zukunft von Tating und Eiderstedt

- Tourismus naturnah und behutsam weiter entwickeln
- Neben Landwirtschaft und Tourismus die Northvolt-Chance nutzen – davon haben alle etwas
- Den bisherigen großen Beitrag Eiderstedts zum Klimaschutz würdigen
- Den internationalen, ostatlantischen Vogelzug schützen

Wir haben in Schleswig-Holstein kein Stromerzeugungsproblem, sondern ein Speicher- und Leitungsproblem.

Wir sagen ja zum Klimaschutz, aber nur im Einklang mit Natur, Mensch und Landschaft!

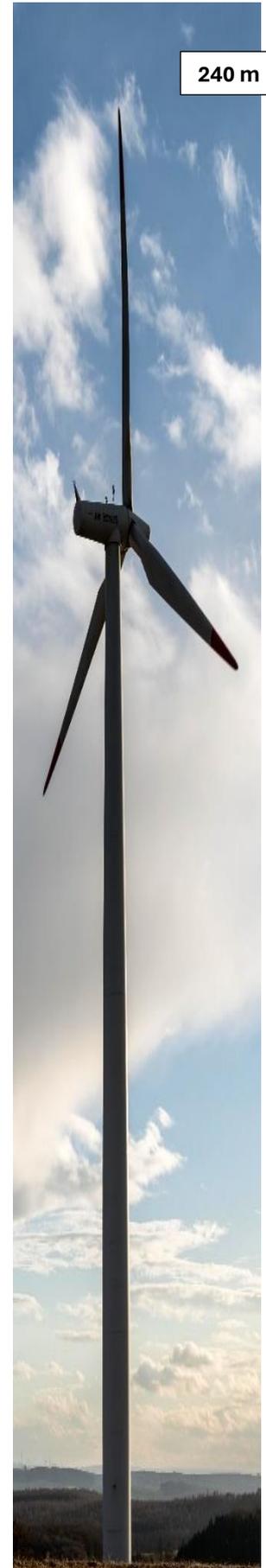
Und fordern für Entscheidungen solcher Tragweite sorgfältigste Abwägung und die Beteiligung der betroffenen Einwohner*innen!



ca. 43 m



St. Magnus
in Tating



Moderne Windkraft-
anlage

5.000 WKA in Schleswig-Holstein sind genug!

Schleswig-Holstein hat mit Windkraftanlagen (WKA) auf 3 % (für 5.000 WKA) der Landesfläche die Klima- und energiepolitischen Ziele, die von der Bundes- und Landesregierung für Schleswig-Holstein gesteckt sind, in einigen Jahren pünktlich erreicht. Diese Ziele beinhalten die Minderung von CO₂ und Erzeugung des Anteils von erforderlichem Strom für Schleswig-Holstein und für Deutschland. Weitere 6 % (= 10.000 neue WKA) der Landesfläche, die die Gemeinden aufgrund der Gemeindeöffnungsklausel überplanen können, sind für die Zielerreichung in Schleswig-Holstein nicht mehr erforderlich. Das Innenministerium hat diesen Sachverhalt am 28.02.2024 bestätigt. Energie- und klimapolitisch macht die Gemeindeöffnungsklausel in Schleswig-Holstein keinen Sinn (das ist anders als z.B. in Bayern). Wir haben in Schleswig-Holstein kein Stromerzeugungsproblem, sondern ein Speicher- und Leitungsproblem. Kennen Wirtschafts- und Energieminister noch die Konsequenzen ihrer Entscheidungen?

Trotzdem planen derzeit viele Gemeinden im Schulterchluss mit Betreibern tausende WKA. Einzig hohe Profite für die Betreiber, überzogene Pachten und relativ kleine Zuwendungen für die Gemeinden sind das Ergebnis. Eine völlig verfehlte Energiepolitik! Der Skandal besteht noch nicht einmal darin, dass einige wenige steinreich werden, sondern dass wir Verbraucher gesetzlich dazu gezwungen werden, dies mit unseren Stromkosten und Steuergeldern zu bezahlen. Kennen Wirtschafts- und Energieminister noch die Konsequenzen ihrer Entscheidungen?

Eine kluge Klima- und Energiepolitik würde diese Investitionen (für 10.000 WKA bis zu ca. 100 Mrd. €) in die Forschung und Technologie von Speichermöglichkeiten stecken!

Liebe Gemeinderäte, stoppt diese sinnlose, ungeheure Geldverschwendung, die wir alle bezahlen müssen!